



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Politik im Osten. Etwas vom Staats Sinn. Braunschweig. Das Kabinett Clemenceau.)

Es ist vor einiger Zeit von diplomatischer Seite ausgesprochen worden, daß die Deutschen im Gegensatz zu früher das nervöseste Volk der Gegenwart geworden seien. Das prägte sich in der leichten Erregbarkeit der öffentlichen Meinung und namentlich auch der Presse aus, die einen ihr früher ganz unbekanntem und dem Grundton des deutschen Nationalcharakters völlig fremden Gang zum Sensationellen angenommen habe. Der Staatsmann, der diese Meinung äußerte, hat gute Kenntnisse auf dem Gebiete der Völkerpsychologie. Er kennt die großen Nationen Europas aus eigener Anschauung und hatte Gelegenheit genug, Vergleiche in der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten in den einzelnen Ländern anzustellen. Es ist in uns Deutsche entschieden ein undeutscher Zug gekommen, der das nationale Phlegma in sein Gegenteil verkehrt, ohne die Nation mit größerer politischer Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Früher galt das nur für die Deutschösterreicher, die durch ihre sensationelle Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten schließlich dahin gekommen sind, daß ihr Deutschtum keinem fremden Andringen mehr standhält. Sie weichen nicht nur vor den Ungarn, den Italienern und den Polen zurück, sondern auch vor den Tschechen, den Slowenen, kurzum vor der geringfügigsten fremden Nationalität. Damit ist ihnen ihre Bestimmung, in Österreich zu herrschen, vollständig verloren gegangen, auf dieser deutschen Ohnmacht beruhen die schwankenden Zustände in der Habsburgischen Monarchie, beruht das allgemeine Vordringen des Slawentums in Osteuropa. Der alte deutsche Wall, der so oft dem Andringen der Mongolen, der Türken und anderer feindlicher Heerscharen standgehalten hat, ist durchbrochen. Die slawische Flut steigt, und unter den Staatsmännern Österreichs hat sich in den letzten vierzig Jahren kein einziger gefunden, der als umsichtiger Deichhauptmann imstande gewesen wäre, die Lücke wieder auszufüllen und den schützenden Damm wiederherzustellen.

Das Anwachsen des Polentums in unsern östlichen Provinzen ist eine Teilerrscheinung dieses Vordringens des Slawismus in Osteuropa und ist demgemäß als solche aufzufassen und zu behandeln. Sie ist, wie auch der Reichskanzler Fürst Bülow wiederholt betont hat, gegenwärtig die wichtigste innere Frage Preußens, namentlich seitdem sich die steigende polnische Flut nicht mehr auf Posen und Westpreußen beschränkt, sondern auch die andern östlichen Provinzen bedroht, sich in Schlesien ausbreitet, in Berlin zur Erscheinung kommt und ebenso im Westen des Landes, im Rheinland und in Westfalen, in ganz unerhörtem Umfange zunimmt. Der Gedanke, den Bismarck im Jahre 1863 und später auch noch 1867 in seiner berühmten Polenrede vor dem Norddeutschen Reichstage entwickelt hat, daß die polnischen nationalen Aspirationen nun von Adel und Geistlichkeit getragen seien, während sich der Bauer, froh, der Adels Herrschaft entronnen zu sein, unter dem Zepter der Könige von Preußen sehr wohl fühle, ist längst nicht mehr haltbar. Diese Theorie, so richtig sie vor vierzig Jahren noch war, hat sich längst überlebt. Die preußischen Gymnasien und die preußischen Realschulen haben einen polnischen Bürgerstand erschaffen, der ehemals vollständig fehlte, der aber seit Jahrzehnten in allen bürgerlichen Klassen und Berufszweigen mehr und mehr zur Geltung gelangt ist. Der Rechtsanwalt, der Arzt, der Ingenieur, der Architekt, der Zahn-techniker, der Tierarzt, der Kaufmann, kurzum alle Berufszweige, die zu einer gut

organisierten bürgerlichen Gesellschaft gehören und ehemals im Osten, wenn nicht ausschließlich, so doch weit überwiegend in deutschen Händen waren, sind jetzt reichlich durch Polen vertreten. Es gibt kein bürgerliches Gewerbe mehr, worin die Polen noch auf die Deutschen angewiesen wären. Sie haben sich in aller und jeder Richtung längst selbständig und vom Deutschtum unabhängig gemacht, zum großen Teil überwiegend sie schon. Der ehemals nur politische und konfessionelle Gegensatz hat sich auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen. Deutsche und Polen meiden einander als Kunden und Käufer; mit Ausnahme der Anforderungen des Staates, des öffentlichen gemeinen Wesens, gibt es kaum noch ein gemeinsames Interesse für sie. Um so mehr Gegensätze, bei denen leider zutage tritt, daß die Polen einheitlich und geschlossen auftreten, während sich die Deutschen nach gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Auffassungen spalten. Der deutsche Agrarier im Osten hält viel mehr zum polnischen Agrarier als zum Ostmarkenverein, den auch ein nicht geringer Teil unsrer Bureauratie als Wurzel alles Übels; das heißt aller Unbequemlichkeiten für eine bequem gewordene Beamtenchaft, ansieht und behandelt. Der polnische Adel von heute in den Ostmarken ist weit davon entfernt, sich an die Spitze revolutionärer Bewegungen zu stellen. Er begünstigt selbstverständlich die nationalen Aspirationen nach Kräften, hält sich persönlich aber zurück in der stillen Hoffnung, nicht eine preußische, wohl aber eine Hofpartei zu werden, die als solche zu ähnlichem Einfluß gelangen könnte wie in Österreich der polnische Adel Galiziens. Die Zukunftshoffnungen, die einst in der Tatsache ihren Ausdruck fanden, daß die polnischen Damen der Provinz Posen der Kaiserin und Königin Friedrich bei ihrem Besuche in Posen, bald nach der Thronbesteigung im Frühjahr 1888, nicht eine deutsche Adresse oder eine polnische mit deutscher Übersetzung, sondern eine solche in französischer Sprache überreichten, leben in unserm polnischen Adel noch heute. Sie haben in dem Posener Schloßbau eher eine Ermutigung als eine Ernüchterung gefunden, denn man sagt sich in diesen Kreisen, daß ein kaiserliches oder königliches Hoflager in Posen ohne den polnischen Adel auf die Dauer doch nicht denkbar sei, wobei nicht das Schloß den Adel, sondern der Adel als der stärkere Magnet das Schloß anziehen werde. Auf derselben Linie bewegt sich der polnische Klerus, der in seinen obersten Spitzen diplomatisierend, in seinen breiteren Schichten rückhaltlos polnisch ist. Auch die erzbischöfliche Kurie in Posen ist weit davon entfernt, das im Entstehen begriffene königliche Schloß als eine Art Zwing=Uri anzusehen. Auch in jenen Kreisen ist man der Überzeugung, daß nicht das Schloß die Kurie, wohl aber diese das Schloß beeinflussen werde, gerade ebenso wie der Ankauf polnischer Güter durch die Ansiedlungskommission zu einer wirtschaftlichen Bereicherung des Polentums, sei es durch die Käufe selbst, sei es durch die damit verbundene enorme Steigerung der Gutspreise geführt hat. Die Auswanderung aus Deutschland ist längst minimal geworden, und die Bevölkerung nimmt dafür jährlich um 800 000 Seelen zu, trotzdem ist und bleibt der Mangel an Arbeitskräften infolge des Kriesenaufschwunges der Industrie sehr groß, und da ist es selbstverständlich und wird von der rheinisch-westfälischen Industrie rundweg zugegeben, daß eine sich in sich selbst so stark vermehrende Bevölkerung, wie die polnische, unter solchen Umständen schwer in die Lage fällt. Ja man darf hinzufügen, je mehr das Polentum seine wirtschaftliche Lage verbessert, um so zahlreicher, um so geschlossener und um so erfolgreicher tritt es auch in seinen untern Massen auf. Die Hochspannung, mit der die deutsche Industrie gegenwärtig arbeitet, geht am besten aus dem Umstande hervor, daß der alljährliche Zuwachs der männlichen Bevölkerung um 400 000 Seelen, der in dieser Stärke von Jahr zu Jahr in das deutsche Erwerbsleben hineinwächst, nicht ausreicht, die

Aufnahmefähigkeit der deutschen Werkstätten zu befriedigen, die fort und fort der Landwirtschaft die Arme entziehen und durch ihre eigne Unerfättlichkeit im Verbrauch von Menschenkräften die Löhne auf allen Gebieten ins Unendliche steigern.

Das aggressive Vorschreiten des Polentums wird auch diesmal wieder den preußischen Landtag beschäftigen. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission soll ausgedehnt werden, man wird ihr voraussichtlich auch eine andre Organisation geben. Zur Erwägung wird unter anderm auch die Frage gelangen müssen, ob es nicht notwendig werden dürfte, den Grunderwerb auch auf städtischen Grundbesitz auszu dehnen. Der durch die Ansiedlungskommission ausgekaufte polnische Landwirt zieht in die Städte, kauft sich dort von neuem an und ist inmitten der intelligentern Stadtbevölkerung ein viel zäheres Element des Widerstandes als zuvor draußen inmitten seiner Felder. Deutschland hatte ehemals eine kultivierende und kolonisierende Kraft über seine Grenzmarken hinaus. Die Blüte dieser Kraft wird durch die Tätigkeit des Deutschen Ritterordens bezeichnet, deren letzte Spuren heute in Kurland, Estland und Livland dem russischen Ansturm erliegen. Seit dem Niedergange des Ordens ist diese Kraft erlahmt. Wir haben in allen unsern Grenzmarken, in Nordschleswig, in Posen, im Elsaß und in Lothringen, ja sogar in der preußischen Rheinprovinz in der Gegend von Saarlouis, nicht mehr die nationalstiftende Kraft betätigen können, die Frankreich in seinen Grenzländern mit vollem Erfolge zur Anwendung gebracht hat, zum Beispiel in Nizza, das ihm noch nicht ein halbes Jahrhundert lang gehört. Hätten wir das Elsaß und Deutsch-Lothringen nicht im Jahre 1870 zurückgenommen, so würde auch dort wahrscheinlich das Deutschum in den untern Klassen und bei der ländlichen Bevölkerung ebenso dem Untergang verfallen gewesen sein, wie dies in den obern Schichten der Fall war und zum großen Teil heute noch ist.

In diesem Punkte gilt nicht einmal als Entschuldigung, daß Frankreich Einheitsstaat, Deutschland aber nur Bundesstaat sei, und daß darum bei uns in den Grenzmarken niemals der volle nationale Druck, wie in Einheitsstaaten, zur Anwendung komme. Das kann weder für Posen noch für Nordschleswig oder für Saarlouis usw. geltend gemacht werden, die doch immerhin mit der vollen Schwerkraft des preußischen Staats regiert worden sind. Aber allerdings greift hier seit 1867 die Bundes- und Reichsverfassung, man könnte sagen im reichsfeindlichen Sinne, ein, indem sie diesen Landesteilen neben dem preußischen Wahlrecht auch noch das allgemeine Stimmrecht der Reichsgesetzgebung verliehen hat, dessen Betätigung auf der agitierenden Bearbeitung der Massen beruht und darum in diesen Provinzen entschieden im antideutschen Sinne wirkt. Ferner hat die Reichsgesetzgebung über alle deutschen Staatsangehörigen eine Fülle von individuellen Rechten ausgegossen, die die einzelstaatliche Gesetzgebung früher nicht kannte. Somit läßt sich allerdings sagen, daß die Reichsverfassung und das allgemeine Stimmrecht für die Germanisierung und die Behauptung unsrer Grenzprovinzen in hohem Grade erschwerend wirken. Damit mag es sich, neben den oben angeführten Gründen, ebenfalls erklären, daß in Posen und in Westpreußen der polnische Adel und der polnische Klerus in den Hintergrund treten. Das allgemeine Stimmrecht hat seit 1867 die Massen bewaffnet, das heißt mit dem Schwert des Stimmzettels versehen, das sie früher nicht führten, dazu ist das gebildete Bürgertum getreten, das den polnischen Heerban organisiert und leitet und dabei der stillen Mitwirkung des Adels, der Assistenz und des Segens der Kirche gewiß ist. Man könnte dem ja entgegenhalten, daß in Nizza zum Beispiel ebenfalls das allgemeine Stimmrecht besteht. Gewiß, aber daneben das französische Präfektentum, die scharf konzentrierte Staatsmacht, die in nationalen Fragen, unter welcher Regierung immer, absolut keinen

Spaß versteht und darin von der ganzen Nation einmütig unterstützt wird. In Deutschland dagegen haben wir erstens das ganze Zentrum auf der Seite des Polentums und dann noch eine nicht geringe Zahl der andern Parteien, denen der Doktrinarismus oder das Parteinteresse viel höher steht als die Staatsidee. Dies ist auch mit der innersten Grund für so viele auffallende Erscheinungen in unserm öffentlichen Leben. In Frankreich, England und Italien geht zum Beispiel die öffentliche Meinung, geht die Presse mit den Ministern gewiß mitunter sehr rücksichtslos um, ist aber sofort empfindlich, wenn die ausländische Kritik in demselben Sinne vorgeht. Ein großer Teil der deutschen Presse dagegen glaubt ihren Lesern das größte Vergnügen zu bereiten, wenn sie tadelnde oder spottende Urteile ausländischer Blätter über den Reichskanzler, Minister, ja über den Kaiser selbst mit Behagen abdruckt.

Die gegenüber der Zeit vor vierzig Jahren größere Zurückhaltung, richtiger: veränderte Haltung des polnischen Klerus soll jedoch keineswegs so gedeutet werden, als ob er nicht zu den eifrigsten Förderern der nationalen Aspirationen zählte. Im Gegenteil, die reichen Mittel, die ihm innerhalb der Ausübung des kirchlichen Amtes zur Verfügung stehn: Kanzel, Beichtstuhl, private Einwirkung in der Familie und auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, gewähren ihm ein außerordentlich ergiebiges Feld der Tätigkeit, das durch die Bestimmungen der Reichsverfassung und durch das allgemeine Stimmrecht ebenfalls eine Ausdehnung ins Ungemessene erfahren hat. Hier setzt aber auch zugleich der internationale Charakter der Agitation ein. Im religiösen Gewande ist sie an keine Landesgrenzen gebunden, sie umfaßt Posen, Galizien und das russische Polen gemeinsam, versinnbildlicht solchergestalt das alt-polnische Reich und stellt durch die Identifizierung von polnisch und katholisch ein schier unangreifbares Refugium dar. Somit besteht auch in Preußen die Stärke der polnischen Bewegung gerade darin, daß sie ihre Wurzeln so viel wie möglich auf das religiöse und konfessionelle Gebiet verlegt und dadurch nicht allein die Staatsgewalt zum Teil entwaffnet, sondern sich auch entweder die direkte Unterstützung anderer Parteien sichert, oder sie bedenklich macht, der Regierung die für eine nachhaltige Bekämpfung des Polonismus nötigen Waffen zu leihen. Beim Zentrum werden die Polen selbst für die weitestgehenden Forderungen Verständnis und Unterstützung finden. Bei den konservativen sowohl als bei den demokratischen Parteien werden sie immer auf doktrinaire oder rechtliche Bedenken rechnen können, die diese Parteien verhindern, der Regierung bedingungslos Folge zu leisten. Diese kann für die Bekämpfung des Polentums mit absoluter Sicherheit nur auf die Reichspartei, die Nationalliberalen und einen Teil der Freisinnigen rechnen. Auf die Konservativen erst dann, wenn es sich um unmittelbaren Aufruhr handeln würde. Gerade dieser zuletzt erwähnte Umstand beweist, wenn man ihn mit den Zeiten und den Auffassungen Grolmans und Flottwells vergleicht, wie sehr unter dem Einflusse des Verfassungslebens und des Strebens der Parteien nach Einfluß und Herrschaft der Staatsgedanke in Preußen gelitten hat. An dem schließlichen Mißerfolge mögen ja immerhin manche Mißgriffe in den staatlichen Maßnahmen mit die Schuld tragen. Die Hauptschuld fällt dem mangelnden Staatssinne zu, wie er sich unter unserm Verfassungsleben entwickelt hat, und der nicht nur dem Polentum, sondern vielen andern staatlichen Aufgaben gegenüber versagt. Man schreibt dem Ministerialdirektor Althoff in Berlin den Ausdruck zu, die Deutschen hätten so viel mit Philosophie und Kunst zu tun, daß ihnen für die Politik nichts übrig bleibe, und daß man sich nicht wundern dürfe, wenn sie schlechte Politiker wären. Das trifft im Vergleich mit andern großen Nationen vollständig zu. Wir bleiben das „Volk der Dichter und Denker“, dessen Schwächen auch die Auferstehung des

Reiches überdauert haben und gleich der Erbsünde von Geschlecht zu Geschlecht fortwuchern. Deshalb kommen wir überall zu spät, deshalb bedürfen wir unausgesetzt einer starken führenden Hand und werden sofort nervös, wenn wir, uns selbst überlassen, gelegentlich durch starke Impulse aufgerüttelt werden. Auf diese Nervosität führt, wie gesagt, eine große Menge auffälliger Erscheinungen der letzten Jahre zurück. Sogar der Verlauf des bekannten Vorganges in Köpenick mit seinen lächerlichen und mit seinen sehr ernstern Seiten ist daraus zu erklären.

Ein gewisser Mangel an common sense spielt unverkennbar auch in der braunschweigischen Frage eine Rolle. Diese Angelegenheit ist so recht dazu angetan, die Stärken und die Schwächen eines bundesstaatlichen Organismus zu enthüllen. Rechtshaberei, Doktrinarismus und ein gewisser Rechtsfanatismus erweisen sich innerhalb der Welfenpartei und darüber hinaus stärker als der Staatsfinn. Kaum war 1871 der Reichsgedanke geboren, so suchte man fast in jedem einzelnen deutschen Staate sorgfältig nach Gebieten, auf denen das Reich nicht zuständig war und — nach einem bekannten Worte „Bismarck nie tau seggen hätt“. Solche Regungen sind sogar an Stellen vorhanden gewesen und heute noch nachweisbar, die sonst als Vorbilder nationaler Gesinnung mit in der ersten Reihe stehn. Demgemäß geht auch die cumberlandische Politik darauf hinaus, die Sache in einem geeignet erscheinenden Augenblick an den Bundesrat zu bringen, wo — wenigstens nach der Ansicht der „Germania“ und anderer klerikaler Blätter — Preußen mit Sicherheit majorisiert werden würde. Wenngleich diese Rechnung wohl ohne den Wirt gemacht ist, so ist doch immerhin die Tendenz bezeichnend, die ihr zugrunde liegt, und die noch nachträglich alle die Bedenken rechtfertigt, die Kaiser Wilhelm der Erste im Winter 1870 gegen die Annahme der Kaiserkrone mit dieser Verfassung gehabt hat. Es ist die politische Überzeugung seines ganzen Lebens gewesen, daß Preußen in seinem deutschen Bundesverhältnis nicht majorisiert werden dürfe. So hatte er als Thronfolger gedacht, und als König hat er wiederholt das Wort ausgesprochen: „Ich lasse Preußen nicht majorisieren.“ Eine Majorisierung Preußens in der braunschweigischen Angelegenheit, die für Preußen zu einer Lebensfrage geworden ist, würde weitreichende Folgen haben, die weit über den unmittelbaren Anlaß hinausgehn. Daher das Bestreben aller dem Reiche und Preußen feindlich gegenüberstehenden Elemente, die Sache vor das Forum des Bundesrats zu ziehen.

Durch einen einfachen Verzicht aller Agnaten des Cumberlandischen Hauses auf Hannover, wie die braunschweigische Landesversammlung glaubt, ist die Frage wohl nicht mehr zu lösen. In allem übrigen läßt Preußen der berufenen Vertretung des braunschweigischen Landes die völlig freie Selbstbestimmung, auch wegen der Person des künftigen Regenten. Man dürfte in Berlin sehr weit davon entfernt sein, den Braunschweigern ein Regiertwerden von Berlin aus aufzudrängen. Eine preußische Kandidatur für die Regentschaft besteht absolut nicht, und der Kaiser hat zu keiner Stunde daran gedacht, einen seiner Söhne oder den Prinzen Heinrich dafür in Aussicht zu nehmen. Was den Prinzen Heinrich namentlich anlangt, so liegt für diesen nach seinem Charakter und nach seiner Vergangenheit der Wunsch, die Schlachtflotte des Reiches zu kommandieren, viel näher als der, ein kleines Herzogtum interimistisch, auf Cumberlandische Kündigung, zu verwalten. Diese Situation ist es, die den verewigten Prinzen Albrecht bei allem Pflichtgefühl in der Stellung als Regent nicht so warm hat werden lassen, wie es sonst in den Wünschen des Prinzen sowohl als des Landes lag. Er hat mit dem Pflichtgefühl seines Hauses einem Wunsche des Kaisers und einer preußischen Staatsnotwendigkeit Folge geleistet, hat aber dabei innerlich doch immer vor der Erwägung gestanden, zumal bei vorrückendem Lebensalter, ob es der Würde eines

preussischen Prinzen völlig angemessen sei, als Platzhalter des Herzogs von Cumberland zu fungieren. Ebensovienig ist selbstverständlich irgendeiner politisch maßgebenden Persönlichkeit in Berlin der Gedanke gekommen, die Situation Braunschweigs für Annexionsabsichten auszunutzen. Das Schicksal des Landes liegt ausschließlich in der Hand des Regentenschaftsrates und der Landesversammlung, selbstverständlich mit dem Vorbehalt, daß Preußens Lebensinteressen nicht durch ein welfisches Regiment verletzt werden.

Eigentümlich berührt der Vorwurf, den die staatsrechtliche Kommission der Landesversammlung gegen „die Schlüßigkeit“ der Antwort des Reichskanzlers erhebt. Was der Vorsitzende des Bundesrats diesem zu unterbreiten gewillt ist, steht ausschließlich bei ihm, ebenso wie der Bundesrat durch Majoritätsbeschluß die Erledigung ihm vorgelegter Schriftstücke ablehnen kann. Nach der Gesamtlage konnte Fürst Bülow eine andre als eine ablehnende Antwort gar nicht geben. Um so erfreulicher ist es, daß von einer abermaligen Mitteilung des Beschlusses an den Herzog und den Reichskanzler abgesehen worden ist.

Die Neubildung des französischen Kabinetts mit Herrn Clemenceau an der Spitze kann möglicherweise dazu führen, daß chauvinistische Färbungen in Paris wieder etwas stärker in den Vordergrund treten und den Gerüchten von Abmachungen mit England gegen Deutschland neue Nahrung geben. Nach den Vorgängen des vergangenen Jahres ist es, wenn auch nicht gerade notwendig, so doch begreiflich, daß ein Politiker, der nach der Ministerpräsidentenschaft der Republik trachtet, in seinen öffentlichen Rundgebungen auch die nationale Saite stärker anklingen läßt. Man kann das beachten, aber es bietet an sich keinen Grund zur Aufregung, hoffentlich werden unsre Zeitungen nicht nervös, wenn Herr Clemenceau und ein Teil der Pariser Presse mit dem Säbel rasselt. In diesem Falle gehört Klappern zum Handwerk. Im übrigen dürfte aber der Betätigungsdrang des fünfundsiebzighjährigen Ministers nicht so gewaltig sein, daß er außer seinem Portefeuille den Frieden Frankreichs und vielleicht die Existenz der Republik auf das Spiel setzt. Die französischen Ministerien pflegen nicht von langer Lebensdauer zu sein, chauvinistische Tendenzen, denen die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit widerstrebt, sind schwerlich geeignet, die vorausichtliche Lebensdauer des Kabinetts Clemenceau zu verlängern. Das Bestehen militärischer Abmachungen zwischen England und Frankreich ist vom Standard und andern Organen der englischen Publizistik in der jüngsten Zeit mit Entschiedenheit in Abrede gestellt worden, aber auch das Vorhandensein eines protokollarischen Gedankenaustausches über eine etwaige Kooperation wäre an sich nicht von wesentlicher Bedeutung. Ein solcher besteht zwischen Rußland und Frankreich schon seit vielen Jahren. So etwas gehört zum Geschäft der Generalstäbe, und es bedarf nach allem, was aus dem schriftlichen Nachlasse Moltkes über dessen Vorarbeiten bekannt geworden ist, keines Erinnerns, daß auch unser Generalstab längst alle kriegerischen Möglichkeiten, die für Deutschland in Betracht kommen könnten, in den Kreis seiner Berechnungen gezogen hat. Bekanntlich ist England jetzt im Begriff, einen Generalstab nach preussischem Muster aufzustellen, und diesem erst würde die Aufgabe zufallen, die Vorarbeiten für die künftigen möglichen Kriege Englands zu schaffen. Wir wollen gern überzeugt sein, daß wenn Deutschland heute einen ungerechtfertigten Krieg gegen Frankreich vom Zaune bräche, wir England an Frankreichs Seite finden würden. Da aber eine solche Absicht in Deutschland bei niemand besteht, und da auch wohl in Frankreich niemand daran denkt, eine solche Veranlassung herbeizuführen, so laufen alle Erörterungen über militärische Abmachungen zwischen den beiden Mächten auf theoretische Spielereien ohne praktische Bedeutung hinaus.

Der russische Minister des Auswärtigen, Herr von Iswolsky, weist in Paris und assistiert der Geburt des neuen Ministeriums. Es ist begreiflich, daß er nach der französisch-englischen Annäherung, die England wiederholt als die unerschütterliche Basis seiner Politik bezeichnet hat, das Bedürfnis fühlt, sich in Paris umzusehen, wieviel für Rußland dort noch übrig geblieben ist. Frankreich, der „Verbündete“ Rußlands, ist der Verbündete Englands geworden und mit Japan in Reih und Glied getreten. Das ist immerhin eine Tatsache, die die russische Politik zu einer neuen Orientierung zwingt. Frankreich als Englands Freund würde selbstverständlich Japan gegenüber heute zu einer viel strengern und wohlwollendern Neutralität verpflichtet sein, als die war, die es zur Zeit der Reise der russischen Flotte, von der Ostsee nach Ostasien betätigt hat. Die französisch-russische Allianz, deren Inhalt authentisch bis jetzt noch nicht bekannt ist, hatte bei ihrem Abschluß im Sinne der Franzosen die Spitze unfehlbar gegen Deutschland gerichtet. Es wird dereinst von Interesse sein, festzustellen, wie weit Rußland nach seiner Auffassung diese Allianz auf ein Zusammengehen gegen England ausgedehnt hatte. Die Memoiren des Fürsten Hohenlohe erbringen in dieser Beziehung ein Zeugnis, wenn er den Kaiser Nikolaus vor dessen Pariser Reise im Jahre 1896 sagen läßt, daß er England und die Engländer liebe, nicht aber die englische Politik, die er als eine ausgreifende bezeichnete. Da Rußland zu der Zeit, als Kaiser Nikolaus auf vieles Bestürmen den Franzosen den Gefallen tat, bei seinem Besuch das Wort „Allianz“ auszusprechen, schon wieder in sehr guten Beziehungen zu Deutschland stand, eine Tatsache, der Kaiser Nikolaus ebenfalls dem Fürsten Hohenlohe gegenüber einen sehr bestimmten Ausdruck verstehen hat, so läßt sich mit um so größerer Sicherheit annehmen, daß er dieses Wort Allianz nicht ausschließlich im antideutschen Sinne gemeint hatte und aufgefaßt wissen wollte. Nach den großen Niederlagen Rußlands hatte England deshalb sehr leichtes Spiel, den Franzosen klar zu machen, daß, da sie von Rußland gegen Deutschland doch nichts zu erwarten hätten, Frankreich viel besser bei England aufgehoben sei, nachdem sich beide Staaten über die kolonialen Differenzen, die doch ausschließlich Ausgangspunkt eines Konflikts werden könnten, für die Dauer verständigt haben würden. Da England seiner Flottenpolitik den Twopower-Standard zugrunde gelegt hatte, so war es für das britische Kabinett ein sehr naheliegender Gedanke, zu verhindern, daß sich Frankreich nicht etwa Deutschland näherte oder von diesem mit Erfolg umworben werden konnte. Nachdem die russische Flotte mindestens für ein Jahrzehnt in Wegfall gekommen war, lag es zu sehr in Englands Interesse, die französische Flotte an seine Flagge zu fesseln. König Eduards Klugheit und Liebenswürdigkeit, seine traditionelle Vorliebe für Frankreich und Paris, taten das übrige. Vielleicht entdeckt ein späterer Geschichtschreiber auch noch Tatsachen, aus denen hervorgeht, daß der englisch-französische Marokkohanndel von seiten Englands die liebenswürdige Nebenbestimmung hatte, einen Gegenstand der Verstimmung zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen und dieses dadurch um so sicherer in die Arme der britischen Politik zu führen. Die Dimensionen, die die Sache annahm, dürften ursprünglich kaum in der Berechnung Englands gelegen haben, man hatte im Londoner Foreign-Office wohl eher auf eine stillschweigende Nachgiebigkeit Deutschlands gezählt. Um so berechtigter war es, daß von deutscher Seite der klug ausgedachten Kombination das Rezept verschoben wurde, und daß bei dieser Gelegenheit Grundsätze zur internationalen Anerkennung gelangten, die einer solchen bis dahin entbehrt hatten, so namentlich der, daß über Länder, wegen deren und mit denen internationale Abmachungen bestehen, nicht einseitig durch die eine oder die andre Macht verfügt werden dürfe. Das war immerhin ein ganz empfindlicher Gegenzug. England

gedachte uns zu verstehen zu geben, daß es das continental sword, das Deutschland für Großbritannien zu sein abgelehnt hatte, unter wesentlich billigeren Bedingungen, als sie bei Deutschland zu befürchten waren, in Paris gefunden habe und gelegentlich gegen uns ausspielen könne. Aber Herr Delcassé stieß zu früh in die Säemtrompete und gedachte England durch Frankreich ausspielen zu können. Über diesen unzeitigen Irrtum, der beide Länder erschreckte, fiel er. *g*

Uneheliche Kinder. Die Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt am Main hat eine statistische Untersuchung der Schicksale der dortigen unehelichen Kinder veranstaltet und als zweiten Band der Probleme der Fürsorge veröffentlicht. (Dresden, D. B. Böhmert, 1905.) Die Ergebnisse, die der mit der Arbeit beauftragte Dr. Othmar Spann gewonnen hat, entsprechen dem, was man von vornherein erwarten durfte. Die Sterblichkeit der Unehelichen in den ersten Lebensjahren ist natürlich auch in Frankfurt enorm. (Von 1000 ehelichen Kindern erreichen dort 660,5, von 1000 unehelichen nur 181,5, also noch nicht der fünfte Teil das zwanzigste Lebensjahr. Zahlen führen wir nicht an, weil sie wegen des zu kleinen Untersuchungsfeldes und der eigentümlichen Frankfurter Verhältnisse — es ist dort zum Beispiel mehr Arbeitgelegenheit für gelernte als für ungelernete Arbeiter vorhanden — nicht als typisch angesehen werden dürfen, sondern höchstens einen ähnlichen Verlauf an andern Orten wahrscheinlich machen.) Die Militärtauglichkeit der Unehelichen ist der der Ehelichen beinahe gleich, was sich daraus erklärt, daß ja der Tod schon eine gründliche Auslese gehalten und nur die kräftigsten übrig gelassen hat. Und zwar ist die durchschnittliche Körperbeschaffenheit eines Jahrgangs desto besser, je mehr Stiefkinder darunter sind, das heißt solche, deren Mutter einen Ehemann gefunden hat, die also in einer Familie aufgewachsen sind. Bei Kindern, deren Vater die Mutter geheiratet und dadurch seinen Sprößling legitimiert hat, besteht überhaupt keine „funktionelle Unehelichkeit“, das heißt, die vor-eheliche Geburt hat auf die körperliche und geistige Beschaffenheit, auf die Entwicklung und die Schicksale des Kindes gar keinen Einfluß. Mit der intellektuellen und der sittlichen Beschaffenheit und dem Fortkommen im Leben verhält es sich ebenso wie mit der leiblichen Gesundheit und Tüchtigkeit. Je mehr Uneheliche eines Jahrgangs in einer Stiefvaterfamilie aufgewachsen sind, desto größer ist die Zahl der guten Schüler, desto kleiner die Zahl derer, die mit dem Strafrichter in Berührung gekommen sind, und desto mehr werden gelernte Arbeiter und steigen in höhere Berufe auf. Die Zahl der letzten ist natürlich absolut sehr klein. Was die Unehelichen betrifft, deren Mütter ledig geblieben sind, so gedeihen sie am besten, wenn sie noch jung ihre Mutter durch den Tod verlieren und als Waisen entweder von Verwandten oder auf Kosten der Stadt erzogen werden. Aus alledem geht hervor, daß nicht die uneheliche Geburt an sich, sondern nur das Aufwachsen außerhalb einer Familie ein Unglück ist, jenes nur insofern, als es dieses verschuldet. Daß aber die Waisen besser gedeihen als die, deren ledige Mütter am Leben bleiben, beweist die Berechtigung des Vorurteils, das man gegen uneheliche Mütter zu hegen pflegt, denn die ehelichen Kinder von Wittwen gedeihen nicht schlechter als die, deren Vater am Leben bleibt. Die Untersuchung der Körperbeschaffenheit von Schulkindern hat ergeben, daß die der Ehelichen besser erscheint als die der Unehelichen, wenn man die guten und mittlern Konstitutionen zusammen den schlechten gegenüberstellt; bei jenen machen die guten und mittlern 92,4, bei diesen 87,2 Prozent aus. Dagegen kommen die Unehelichen viel besser weg, wenn man nur den Prozentsatz der guten Konstitutionen ins Auge faßt. Er beträgt bei den Unehel-

lichen 58,43, bei den Eheleichen nur 38,3 Prozent. Spann folgert daraus, daß bei den Unehelichen die Rasse besser sei, während natürlich die Lebensverhältnisse schlechter sind; andre Folgerungen mögen die Leser selbst ziehn. Auch für die Kriminalität der Unehelichen ist die schlechte Lage, die Not in erster Linie verantwortlich zu machen, denn die Vergehungen sind meist Diebstähle. — Wir fügen die Titel einiger der uns zur Rezension übersandten Schriften sozial- und wirtschaftspolitischen Inhalts an, für deren Besprechung uns der Raum fehlt. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung von D. von Zwierved= Sündenhorst. (78. Bändchen der bei B. G. Teubner in Leipzig erscheinenden Sammlung: Aus Natur und Geisteswelt.) — Grundzüge der Arbeiterversicherung mit besonderer Berücksichtigung der preussischen Ausführungsbestimmungen von Dr. jur. von Köbke, Regierungsassessor, Hilfsarbeiter im Reichsversicherungsamt. Berlin, Otto Salle, 1906. — Soziales Wechselfieber. Studien über Arbeiterbewegung und Sozialismus von John Graham Brooks, Professor in Harvard, autorisierte deutsche Übersetzung von Dr. Hermann Hasse-Leipzig. Dresden, D. B. Böhmert, 1905. — Deutsche Konsumgenossenschaften im Neuen Zentralverband und die Hamburger Großeinkaufsgesellschaft von Dr. jur. Hermann Ortloff. Leipzig, Jäh und Schunke, 1906. — Zwölf Vorlesungen über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus von Dr. Karl Diehl, Professor an der Universität Königsberg. Jena, Gustav Fischer, 1906. — Die Nationalökonomie des Saint-Simonismus von Prosper Infantin, übersetzt von Dr. Albert Villaret mit einer Einleitung von Georg Adler. Leipzig, C. L. Hirschfeld, 1905. — Thünen-Archiv, Organ für exakte Wirtschaftsforschung, herausgegeben von Dr. Richard Ehrenberg, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Moskau, 4. Heft. Jena, Gustav Fischer, 1906 (enthält unter anderm: Raubwirtschaft und Kraftkultur; die Arbeitszeit der Kontore; Bedeutung geschäftlicher Bilanzen für die Wissenschaft; Thünen und Thaer).



Forman

gegen

Schnupfen

DOSE 30 Pfg.

Arztlicherseits vielfach als ideales Schnupfenmittel bezeichnet.

Wirkung frappant.

